

„Vonne Spree in` Pott“

Information für den Wahlkreis Recklinghausen II

Juni/Juli 2014

Liebe Leserinnen und Leser,
der Juni war geprägt von den arbeitsintensiven Sitzungswochen in Berlin. Die Bundesmittel für die Städtebauförderung und das Altersgerechte Umbauen konnten durch die intensiven Verhandlungen der SPD-Bundestagsfraktion deutlich erhöht werden und stehen nun den Kommunen zur Verfügung. Der Mindestlohn ist trotz der starken Einwendungen des Koalitionspartners beschlossen. Das Parlamentarische Geschäft wird nun mit der beginnenden Sommerpause und den anstehenden Schulferien etwas ruhiger. Ich wünsche einen guten Start in den Sommer.



Glück auf und eine gute Zeit
Michael Groß

Wohnen ist Daseinsvorsorge



Als wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion nahm Michael Groß an der Diskussionsrunde „Wie verändern sich Lebensräume im Zuge der demografischen Entwicklung“ teil. Sie fand im Rahmen der Fachtagung „Familie in Zeiten des demografischen Wandels“ statt, zu der der AWO-Bezirk Westliches Westfalen und das Zukunftsforum Familie Teilnehmer aus ganz NRW eingeladen hatten. „Wir müssen Sozial-, Arbeits-, Wohnungsbau- und Stadtplanungspolitik zusammen bringen. Wohnen ist Daseinsvorsorge“, so der Marler Bundestagsabgeordnete. „Dabei sind die Voraussetzungen regional, oft auch innerhalb einzelner Kommunen, stark differenziert. Akteure sowie eine entsprechende Moderation sind für eine gezielte Förderung der einzelnen Quartiere nötig.“



Preis Soziale Stadt 2014 in Berlin vergeben – Soziales Engagement in den Stadtquartieren braucht starkes Programm Soziale Stadt

v.l. n.r. GdW-Präsident Axel Gedaschko, 4 Preisträger, Parl. Staatssekretär Florian Pronold, AWO-Bundesverband Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, Michael Groß, baupolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion, Präsident Deutscher Mieterbund Franz Georg Rips

Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Erwartungen und Befürchtungen

Seit knapp einem Jahr bemühen sich die USA und die EU ihren Beziehungen durch ein ambitioniertes Projekt einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (kurz TTIP) neuen Schwung zu verleihen. Das TTIP-Abkommen, das den beiden Weltregionen wirtschaftliches Wachstum in Aussicht stellen sollte, sorgte sehr bald wegen der intransparent durchgeführten Verhandlungen für einiges Aufsehen und schafft Platz für Spekulationen. TTIP-Befürworter, insbesondere Wirtschaftsakteure, finden in TTIP eine einzigartige Chance die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken und auszubauen. TTIP-Skeptiker befürchten dagegen eine Schwächung der regulatorischen Selbständigkeit der einzelnen Länder, ihrer Demokratie, ihres Rechtsstaates und ihrer sozialen Errungenschaften.

| TTIP-Erwartungen | TTIP-Befürchtungen |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Wirtschaftssteigerung beidseitig durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Kosteneinsparung infolge der Zollsenkung -Angleichung und gegenseitige Anerkennung der bereits existierenden Qualitäts- und Produkt-Standards, Normen, Regulierungen und Leistungsanforderungen, transatlantische Kooperation, Abbau von transatlantischer Bürokratie (doppelte Prüfungsverfahren der Produkte) - Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen - Förderung öffentlicher Beschaffung - Stärkung der Arbeitnehmerrechte in den USA - Ausbau von neuen Arbeitsplätzen - Erhöhung der Arbeitsplatzmobilität - Verbesserung des Fachkräfteaustauschs, gegenseitige Anerkennung der Bildungsabschlüsse - Sicherung des Investitionsschutzes - Ermöglichung effizienter Zusammenarbeit in strategischen Energiefragen, Forschung und Entwicklung - Geopolitische Stabilität - Chance internationale nachhaltige Entwicklung voranzubringen | <ul style="list-style-type: none"> - Vorteil nur für Großkonzerne -Ausschluss der Öffentlichkeit von den Verhandlungen sowie deren Risikoeinschätzung - Einschränkung der regulatorischen Eigenständigkeit der Länder bei der Gesetzgebung - Entmachtung der nationalen Parlamente - Aufweichung des Klagerecht - Schiedsgerichtbarkeit mit hohen Schadenersatzzahlungen, wenn Investoren ihre Gewinne durch Gesetze jeweiliger Staaten bedroht sehen. - Abschaffung öffentlicher Dienstleistungen und weitere Privatisierung - Aufweichung der lange und mühsam erkämpften hohen Sozial- und Schutzstandards für Arbeitnehmer - Aushöhlung des Vorsorgeprinzips - Gefährdung der Gesundheit durch Zulassung der erhöhten Grenzwerte von Pestizidrückständen in den Lebensmitteln, Einführung der Gentechnik und verbotener Chemikalien - Förderung der Agrarindustrie statt umweltfreundlicher bäuerlicher Landwirtschaft - Ermöglichung von Schiefergasförderung - Einschränkung freiheitlicher Grundrechte durch intensivere digitale Überwachung - Einschränkung des staatlichen Fördersystems im audiovisuellen und kulturellen Bereich |

Die Nichtbeteiligung nationaler Parlamente während der Verhandlungen und der Ausschluss der Öffentlichkeit, sowie die Schiedsgerichtsbarkeitsklausel, die mit dem europäischen Recht im Widerspruch steht, sind Aspekte, die Skepsis verursachen. Der im Mai von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel einberufene Beirat, der sich aus zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft zusammensetzt, soll nun über die Problematik beraten, diese von allen Blinkwinkeln beleuchten, die positiven und die negativen Auswirkungen objektiv abschätzen und somit eine deutsche Position erarbeiten. Durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft wird die Identifizierung gemeinsamer Richtlinien erhofft, die zu einer erfolgreichen Aushandlung führen könnten.

„Die demokratischen Prinzipien sind unentbehrlich. Wenn ein solches Abkommen für die Bürger und ihr Wohl gedacht ist, muss es auch transparent und unter Beteiligung unserer Bürger ausgearbeitet werden. Die bisher einseitig optimistischen Prognosen müssen überprüft und offen belegt werden“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Groß.

Zur Zeit werden die Verhandlungen zu TTIP durch die Spionageaffäre eines Mitarbeiters des BND für die CSA überschattet.